

Eidgenössischen Amt für Grundbuch- und
Bodenrecht EGBA
Bundesamt für Justiz BJ
3003 Bern

Bern, 07. Februar 2022
VL Lex Koller Energie / MM

Unterstellung der strategischen Infrastrukturen der Energiewirtschaft unter die Lex Koller Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die vorliegende Umsetzungsgesetzgebung zur parlamentarischen Initiative [16.498](#) ist das Ergebnis eines langwierigen Gesetzgebungsprozesses, der seit 2018 andauert. Nachdem der Pa.Iv. ursprünglich Folge gegeben wurde, hat die zuständige Kommission für Umwelt, Energie und Raumplanung diverse Lösungen geprüft, um das Anliegen der Initiative möglichst sachgerecht umzusetzen. Allein seit dem Eintreten auf die Vorlage im August 2019 bis zur Verabschiedung der Vernehmlassungsvorlage sind weitere zwei Jahre vergangen. Diese Leidensgeschichte zeigt bereits auf, dass es sich bei der vorgeschlagenen Anpassung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (BewG) um einen missglückten Versuch handelt, ein überflüssiges, protektionistisches Anliegen umzusetzen. Entsprechend klar hat sich die FDP in der vorberatenden Kommission für das Nicht-Eintreten auf diese Vorlage eingesetzt und führt die entsprechende Minderheit Jauslin auch an. Bereits in der Abstimmung in der ersten Phase dieser Pa. Iv. hat die FDP für «Keine Folge geben» votiert. Die FDP Schweiz unterstützt diese Position und beantragt, diese Vorlage abzulehnen bzw. nicht darauf einzutreten.

Die FDP sowie die Kommissionsminderheit unterstützt den Grundgedanken, dass strategische Infrastrukturen in der Schweiz zu schützen sind. Wie bereits bei der Motion [18.3021](#) für den Schutz der Schweizer Wirtschaft durch Investitionskontrollen stellt sich die FDP aber geschlossen gegen solche protektionistischen Umsetzungen. Die bestehenden regulatorischen Vorschriften und Besitzverhältnisse der entsprechenden Infrastrukturen sind bereits heute umfassend genug, um das grundsätzliche Anliegen der Initiative zu erfüllen. So befindet sich die Strominfrastruktur bereits heute zum überwiegenden Teil bereits im Besitz der öffentlichen Hand (knapp 90%) und für den grössten Teil der Stromproduktionsanlagen (Kernenergie & Wasserkraft) sind Konzessionen der öffentlichen Hand notwendig. Es besteht also kein Handlungsbedarf.

Hinzu kommt, dass die vorgeschlagene Umsetzung über die Anpassung des BewG ein massiver Eingriff in die verfassungsmässige Wirtschaftsfreiheit darstellt, der weit über den eigentlichen Schutz der strategischen Infrastrukturen hinausgeht. Die vorgeschlagene Gesetzgebung wird in dieser Form negative Effekte auf die Standortattraktivität der Schweiz haben und gleichzeitig verpasst sie das eigentliche Ziel dieser Pa. Iv. – die Stärkung der Versorgungssicherheit. Anstatt nämlich die Rahmenbedingungen für die so wichtigen Investitionen in den Erhalt und Ausbau unserer Stromproduktion zu verbessern, verschlechtert diese Gesetzesanpassung die Kapitalbeschaffung, erschwert damit Investitionen in die Energieinfrastruktur und gefährdet im Endeffekt die Versorgungssicherheit der Schweiz.

Zu guter Letzt ignoriert dieses protektionistische Anliegen den Fakt, dass bereits heute ausländische Investoren an Schweizer Energieinfrastrukturen beteiligt sind, ohne dass damit irgendwelche Probleme entstanden wären. Vergessen geht dabei auch, dass unabhängig von der Nationalität Investoren ein wirtschaftliches Interesse daran haben, möglichst viel Strom bedarfsgerecht zu produzieren und Stromproduktionsanlagen nicht einfach so in ein anderes Land verfrachtet werden können. Aus allen diesen Gründen verzichtet die FDP auf eine detaillierte Abhandlung der BewG-Revision und beantragt, diese Vorlage als Ganzes abzulehnen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jon Fanzun